

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag*

9.11.2018

Pflege verbessern und stärken

Der Bundestag hat heute das umfangreiche Paket zur Verbesserungen in der Pflege verabschiedet. Mit dem Sofortprogramm Pflege wird die Arbeitssituation in der Kranken- und Altenpflege deutlich verbessert. Herzstück des Gesetzes ist, dass die Pflegepersonalkosten im Krankenhaus ab 2020 nicht mehr über Pauschalen finanziert werden. Das heißt, die für die Pflege anfallenden Personalkosten werden in voller Höhe erstattet. Krankenhäuser müssen also nicht mehr aus wirtschaftlichen Gründen an den Pflegekräften sparen.

Ab dem Jahr 2020 werden zusätzlich 50 Millionen Euro für Krankenhäuser in ländlichen, strukturschwachen Gebieten zur Verfügung gestellt. Damit garantieren wir eine medizinische Versorgung für die Menschen, die in dünn besiedelten Gebieten leben. Wir haben auf eine Streichung des Pflegezuschlags verzichtet, um diesen 200 Millionen Euro zur Verfügung stellen zu können. Zudem wird die Anrechenbarkeit von pflegeerleichternden Maßnahmen verbessert und darüber hinaus finanzielle Anreize geschaffen, um mehr Pflegepersonal auszubilden.

Ohne Menschlichkeit, Würde und Respekt würden allerdings alle Anstrengungen ins Leere laufen. Pflege bedeutet praktizierte Nächstenliebe. Respekt gilt den Menschen, die sich Tag und Nacht liebevoll für ihre Mitmenschen einsetzen. Dies steht im Einklang mit den christlichen Werten der Union.

In Altenheimen schaffen wir 13.000 zusätzliche Stellen und damit 5.000 mehr als im Koalitionsvertrag angekündigt. Das ist ein sehr konkreter Schritt, um die Altenpfleger zu entlasten. Diese Stellen werden komplett über die Krankenversicherung finan-

ziert. Damit stellen wir sicher, dass der Pflegebedürftige selbst und seine Angehörigen hierfür keine Kosten zu fürchten haben.

Wenn Altenpflegeeinrichtungen in die Digitalisierung investieren, um dadurch die Arbeit der Pflegekräfte zu entlasten, bekommen sie einen Zuschuss aus der Pflegeversicherung. Die Krankenkassen müssen ihren Beitrag zur betrieblichen Gesundheitsförderung für Pflegekräfte erhöhen. Wer Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf für Beschäftigte in der Kranken- und Altenpflege anbietet, wird finanziell unterstützt. Künftig dürfen auch in der ambulanten Krankenpflege keine Tariflöhne mehr als unwirtschaftlich abgelehnt werden. Auf diese Weise geben wir auch in diesem Bereich einen Anstoß für höhere Einkommen.

Wichtig ist auch den Alltag von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen weiter zu erleichtern. Deswegen machen wir es für pflegende Angehörige einfacher, eine stationäre Rehabilitation zu erhalten. Besonders pflegebedürftige oder schwer behinderte Menschen dürfen künftig nach ärztlicher Verordnung mit dem Taxi zum Arzt fahren, ohne dass sie sich dafür vorab eine Genehmigung ihrer Krankenkasse einholen müssen.

Besonders erfreulich ist, dass wir auch eine Verbesserung im Alltag von Klinikpatienten herbeiführen können. Als Unionsfraktion haben wir uns nämlich erfolgreich dafür eingesetzt, dass Begleitpersonen auch außerhalb eines Krankenhauses untergebracht werden können.

Der 9. November...

Der 9. November ist ein besonderer Tag, denn er ist ein dreifach historischer Tag: 1918 dankte der Kaiser ab, und die Republik wurde ausgerufen, 1938 fand die Reichspogromnacht statt und am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer. Heute, am 9. November 2018 hat das Verwaltungsgericht Berlin das Verbot einer geplanten rechten Kundgebung am Jahrestag der Reichspogromnacht aufgehoben. Die Richter des Berliner Verwaltungsgerichts verwiesen auf das Grundrecht der Versammlungsfreiheit. Ein auf einen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung gestütztes Verbot komme nur in Betracht, wenn von der Versammlung „Provokationen ausgehen, die das sittliche Empfinden der Bürger erheblich beeinträchtigen“ würden, erklärte das Verwaltungsgericht. Dies setze voraus, dass die Versammlung eine „eindeutige Stoßrichtung“ gegen das Gedenken am 9. November erkennen lasse. (AFP) Wie muss eine Provokation für das Berliner Verwaltungsgericht aussehen, damit sie sie erkennen können? Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier äußerte zum 9. November, dem 100. Jahrestag der Ausrufung der Republik den dringenden Wunsch, dass möglichst viele Menschen „den Mut fassen, sich in und für diese Demokratie zu engagieren“.

Smart Cities

Der Haushaltsausschuss hat in seiner gestrigen Bereinigungssitzung beschlossen, dass noch einmal wichtige Aufwüchse bei den bau- und stadtentwicklungspolitischen Ausgaben des Bundes veranschlagt werden sollen. Hierzu erklärt der baupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kai Wegner: "Der Haushaltsausschuss hat bei den bau- und stadtentwicklungspolitischen Ausgaben des Bundes noch einmal wichtige Aufwüchse veranschlagt. Die Bundesregierung kann so ihre moderne Bau- und Stadtentwicklungspolitik im Jahr 2019 weiter stärken. Mit fast 170 Millionen Euro soll im kommenden Jahr die aktive Gestaltung der Digitalisierung der Kommunen unterstützt werden. Das neue Smart-Cities-Programm soll der Auftakt für die bewusste Integration digitaler Optionen in die Stadtentwicklung werden. Auch der Bund selbst soll die Möglichkeiten des digitalen Bauens und Planens stärker nutzen und zum Einsatz bringen. Aus diesem Grund werden 2019 ca. 10 Millionen Euro

für den Aufbau eines Kompetenzzentrums im Bereich Hochbau zur Verfügung gestellt. Das erfolgreiche und stark nachgefragte Programm zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur soll um weitere 100 Millionen Euro ergänzt werden. Das wird helfen, eine Vielzahl der eingereichten Projekte zu unterstützen."

Arbeitslosenquote auf Tiefstand

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Oktober gegenüber dem Vormonat um 53 000 auf 2,204 Millionen Menschen gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr waren es 185 000 Jobsuchende weniger, wie die Bundesagentur für Arbeit am Dienstag in Nürnberg mitteilte. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Punkte auf 4,9 Prozent. (DPA/Bundesagentur für Arbeit)

Koalition einigt sich auf Diesel-Paket

Die Koalition hat sich geeinigt, Fahrverbote dort zu verhindern, wo sie unumgänglich sind und Nachteile für Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden, die auf individuelle Mobilität angewiesen sind. In Städten, die die Stickstoffgrenzwerte überschreiten, wird es weitere Fördermaßnahmen geben. Hardwarenachrüstungen für schwere Kommunalfahrzeuge (z.B. Müllwagen) und Handwerker- bzw. Lieferfahrzeuge werden mit einer Förderquote von 80 % durch den Bund unterstützt. Bei den Handwerker- und Lieferfahrzeugen sollen die Hersteller die restlichen 20 % der Kosten tragen. Zudem wird es einheitliche Regelungen im Bundesimmissionsschutzgesetz zu Verkehrsbeschränkungen geben. Dazu haben sich BMW, Daimler und VW schon bereit erklärt. Für die Kosten der Hardwarenachrüstung haben aus Sicht der Bundesregierung die Hersteller ebenfalls die Kosten zu tragen. Mit der Zusage von Umtauschprämien leisten die Hersteller zudem einen Wertverlust-Ausgleich für den Schaden, der den Fahrzeughaltern durch die Diesel-Krise entstanden ist. Nachdem lange um eine Einigung gerungen worden ist, kann diese Einigung jedoch nur ein Kompromiss sein.

Zitat

„Es lebe die deutsche Republik! Es lebe unsere Demokratie!“ (Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Freitag im Bundestag in Berlin zum Abschluss seiner Rede zum Gedenken an den 9. November)